

**Betreff:**

Hochschulstandort Wiesbaden stärken - ohne zusätzliche städtische Mittel für die European Business School (EBS)  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.04.2009 -

**Antragstext:**

Am Hochschulstandort Wiesbaden studieren etwa 5.100 Studierende an der Fachhochschule in 4 Fachbereichen. Der Standort Wiesbaden bietet ein umfangreiches Lehrangebot, das bestens auf eine Reihe von zukunftsfähigen Berufsfeldern vorbereitet. Während der letzten Jahre wurde das Fächerspektrum deutlich erweitert, vor allem in Richtung auf internationale und berufsbegleitende Studiengänge.

Die European Business School hat sich als private Hochschule mit internationaler Anerkennung in Wiesbaden niedergelassen und will sich mit der Einrichtung eines juristischen Studiengangs zur Universität weiter entwickeln.

Von einer stärkeren Profilierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Hochschulstandort und Stadt der Studierenden würden Stadt und Hochschulen gleichermaßen profitieren.

Auf diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Stärkung und (Weiter-) Entwicklung des Hochschulstandorts Wiesbaden als Stadt der Studierenden vorzulegen.
2. Oberste Priorität hat dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit von Stadt und Fachhochschule. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadtgesellschaft z.B. durch Projektaufträge, Praxisprojekte mit der Wirtschaft, Veranstaltungsreihen u.ä.m.
3. Die European Business School als private Hochschule mit internationalem Anspruch ist in Wiesbaden willkommen und wurde bereits von der Landeshauptstadt Wiesbaden mit drei Millionen Euro Anschubfinanzierung unterstützt. Die weitere finanzielle Förderung durch die Stadt mit bis zu 12,5 Mio. € steht aber weder im Verhältnis zum Selbstbild der Hochschule noch zur Kosten-Nutzen-Rechnung bei städtischen Ausgaben. Eine weitergehende Bezuschussung seitens der Landeshauptstadt ist nicht vertretbar und wird daher abgelehnt.
4. Aus Gründen der Stadtentwicklung ist eine Nutzung des heutigen Gerichtsgebäudes zwischen Moritz- und Oranienstraße durch die EBS zu prüfen. Voraussetzung ist dabei eine teilweise öffentliche Nutzung für Bedarfe des Stadtteils wie z.B. die mögliche Kombination einer Aula mit einem Bürgersaal für die Innenstadt.
5. Besonders zu prüfen ist die Ausweisung von Flächen für den räumlichen Erweiterungsbedarf der Fachhochschule.

Wiesbaden, 06.05.2009

**Axel Imholz**  
Fraktionsvorsitzender

**F.d.R. Marc Paffenholz**  
Fraktionsgeschäftsführer

